

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 16.09.2009  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Ammersken, Heino

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Meinen, Regina  
Meyer, Elfriede  
Meyer, Lina  
Schulze, Kai-Uwe  
Stöhr, Friedrich

(bis 18:55 Uhr)  
für Helga Grix

**CDU-Fraktion**  
Odinga, Hinrich  
Orth, Petra

für Heinz Werner Janßen (bis 19:00 Uhr)

**FDP-Fraktion**  
Fooker, Ralf

für Rolf Bolinius

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Schild, Walter

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Graf, Wilfried

**Beratende Mitglieder**  
Grix, Wilhelm  
Haarmeyer, Norbert  
Hayenga, Klaas  
Hollander, Volkmar  
Janssen, Soghra  
Steinmeyer, Elke  
Voges, Dr. Friedhelm  
Züchner, Hermann

(ab 17:02 Uhr)

**Verwaltungsvorstand**  
Lutz, Martin

## **Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

### **von der Verwaltung**

Tempel, Doris

Büüsker, Wilhelm

Decker, Ubbo Dr.

Engels, Josef

Knochenhauer, Annett

(bis 18:17 Uhr)

Szag, Elisabeth

Dübbelde, Sven

Schröder, Rolf-Dieter

### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

### **Öffentlicher Teil**

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Ammersken** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 13.05.2009

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 13.05.2009 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5**                    Leistungsvereinbarung mit SURIA - Ambulant begleitetes Wohnen für Menschen mit Suchterkrankungen und Mehrfachdiagnose, Psychosoziale Betreuung bei Substitution  
Vorlage: 15/1301

**Frau Szag** erläutert die Vorlage.

**Herr Ammersken** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** fragt an, welche Person hinter dieser Firma stehe. Außerdem sei in der Leistungsvereinbarung kein Datum genannt worden. Weiterhin erkundigt sie sich, wie viele Personen dort in der Warteschleife stehen würden.

**Frau Szag** erklärt, Frau Dagmar Kern sei Inhaberin der SURIA. Sie habe bereits als Sozialpädagogin in Emden gearbeitet. Daten würden noch nicht genannt werden können, da dieser Vertrag prospektiv abgeschlossen werden müsse. Das Datum werde erst dann eingesetzt, wenn die Beschlüsse gefasst worden seien und der Oberbürgermeister unterschrieben habe.

Hinsichtlich der Personen, die derzeit im Rahmen der Einzelfallhilfe dort betreut würden, erklärt sie, ihrer Meinung nach seien es sechs Personen. Doch die Anzahl der Personen, die im Suchtkrankenbereich ambulant betreut wurden, sei ihr nicht bekannt.

**Herr Götze** bittet um Auskunft bezüglich der Wiedereingliederungshilfe. Da das Emdener Gefängnis aufgelöst werde, würde es Probleme geben, da dort auch Sucht eine große Rolle spiele. Wenn diese Personen jetzt nach ihrer Haft irgendwann wieder in Emden aufschlagen würden, benötigten sie Unterstützung und Hilfe. Es gäbe hier keine Anlaufstelle, wo z. B. ein Suchtkranker mit Methadon versorgt werden könne. Man müsse sich auf diese Situation in diesem Bereich einstellen, denn es fehle einfach die Vorbereitung zur Entlassung und die Überleitung, damit die Entlassenen wieder eingegliedert werden könnten. Er habe schon mehrmals feststellen können, dass die Informationen nicht ausreichend seien. Die Entlassenen hätten keine Wohnung und kein Geld. Auch der Antrag bei der ARGE müsse zunächst bearbeitet werden. Für diese Emdener Bürger, die irgendwann einmal straffällig geworden seien und überwiegend einen Drogenhintergrund hätten, müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, wie sie aufgefangen werden könnten.

**Herr Dr. Decker** bemerkt, Methadonsubstitution sei in Emden an zwei Stellen möglich, einerseits im Gesundheitsamt der Stadt Emden und andererseits in der Praxis Dr. Winter. Für die psychosoziale Betreuung stehe die DROBS zur Verfügung, die zum Paritätischen gehörte. Somit gäbe es durchaus Möglichkeiten in Emden.

**Frau Szag** führt aus, die allgemeine Beratung bei den Hartdrogenabhängigen werde von der DROBS vorgenommen und die Suchtberatung bei der Diakonie durchgeführt. Wenn es darum gehe, dass ambulante Maßnahmen in Form von betreutem Wohnen notwendig werden sollten, dann gäbe es das System der Hilfeplanung. Hier könnten sich Menschen an den Fachdienst Sozialhilfe oder aber an den Sozialpsychiatrischen Dienst wenden und entsprechende Anträge stellen. So gäbe es durchaus Anbieter. Sie gehe davon aus, dass diese Adressen auch entsprechend in den Haftanstalten bekannt seien.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Weiter erklärt sie, SURIA habe ihren Sitz „An der Berufsschule 1“. Hierbei handele es sich um ein Büro. Da es ein ambulantes Angebot sei, würden die Mitarbeiter in die Wohnungen der Betroffenen gehen.

**Herr Götze** stellt fest, dass genügend Anlaufstellen vorhanden seien, sei ihm bekannt. Dieses sei auch nicht das Problem. Doch da sich das Strafrecht verschärft habe, kämen einige Inhaftierte nicht hinaus und könnten sich somit nicht vorher informieren. Zudem würden die Anlaufstellen auch nicht in die Haftanstalten hineingehen. Hier sei eine Lücke festzustellen. Es würden Institutionen benötigt, die im Vorfeld bestimmte Dinge abwickelten, bevor die Entlassenen irgendwo aufschlagen würden.

**Herr Dr. Decker** betont, diese Problematik müsste auch schon in den Justizvollzugsanstalten gelöst werden. Das Gesundheitsamt bekäme zum Teil Briefe von Häftlingen, die in das Methadon-Programm aufgenommen werden möchten. Dabei handele es sich aber um Personen, die sich selber darum kümmern könnten. Da es sicherlich nicht bei allen so laufe, wäre es sinnvoll, wenn die Sozialberater oder Sozialarbeiter in den Justizvollzugsanstalten darüber informierten, was nach der Entlassung passiere.

**Herr Götze** entgegnet, genau dieses fehle. Wenn jetzt der Tag der Entlassung anstehe, hätten einige Personen keine Unterkunft, da der Übergang und der Kontakt fehlten. Hier müsse ein betreutes Wohnen angeboten werden, wo diese Personen zunächst einmal unterkommen könnten und auch zu Essen bekämen.

**Herr Lutz** stellt fest, zunächst einmal fehle das Wissen, wer nach seiner Haftentlassung überhaupt in welche Stadt wolle. Es sei auch nicht bekannt, welche Emdener sich in welcher Haftanstalt befinden würden. Zudem sei das Entlassungsdatum nicht bekannt. Es müsste tatsächlich aus der Haftanstalt heraus zunächst die Mitteilung kommen, damit die Verwaltung reagieren könne. Somit gehe der Appell im Prinzip wohl an beide Seiten.

**Herr Graf** erklärt, das Problem sei weitläufig bekannt. Er habe schon mehrfach erfahren, dass Haftentlassene aus Emden keine Wohnung hätten und dann in der Hansastrasse oder in der „Alten Liebe“ übernachten würden. Wenn die Leute nicht gleich sozial ordentlich untergebracht und versorgt würden, folge in der Regel oftmals wieder ein Rückfall. Gerade dieses müsse verhindert werden.

**Herr Lutz** bestätigt, das Problem sei von allen Seiten erkannt worden. Aber es läge nicht dort, wo die Personen am Ende ankämen. Der erste Schritt sei dort zu machen, dass man die Menschen in den Haftanstalten darüber informiere, an wen sie sich wenden könnten. Wenn die Stadt Emden mitgeteilt bekommen habe, wer nach Emden kommen möchte, könne sie die Personen auch entsprechend über die Angebote in der Stadt informieren.

**Herr Götze** erklärt, es gehe ihm um die Menschen, die nach ihrer Haft wieder nach Emden möchten und keine Heimatadresse mehr hätten. Hier gäbe es auch Probleme, Arbeitslosengeld II zu beantragen, weil die Heimatadresse nicht Emden sei. Wenn er einen Ansprechpartner genannt bekäme, so könne er diesen an die Haftanstalten weitergeben.

**Frau Szag** bemerkt, auch ihr Fachdienst bekäme durchaus Schreiben von jemanden, der in Haft sitze und erkläre, er möchte zu einem bestimmten Termin nach Emden kommen. Dann würde man reagieren und ihm in einem Antwortschreiben entsprechende Kontakte nennen. Doch ohne diese Information könne die Verwaltung nicht reagieren und es bleibe als Lösung dann als Unterbringung tatsächlich nur der Tagesaufenthalt oder die „Alte Liebe“.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Hayenga** weist darauf hin, dass es in Aurich die Ostfriesische Anlaufstelle für Straffällige geben würde. Die Sozialarbeiter aus dieser Einrichtung würden auch vor Ort in den Haftanstalten über vorbereitende Maßnahmen und eine sinnvolle Integration informieren. Zudem würden sie auch ein Wohnangebot vorhalten.

**Frau Steinmeyer** erkundigt sich nach den Entgelten und fragt an, ob evtl. der Betrag noch nicht ausgehandelt worden sei.

**Frau Szag** antwortet, die Entgelte müssten noch verhandelt werden, da sie zum ersten Mal in drei Kategorien abgeschlossen würden. Dennoch würde man sich in den Rahmen bewegen, die derzeit auch für andere Einrichtungen gezahlt würden und das seien im Bereich A zwischen 38,00 € und 39,50 €.

**Frau L. Meyer** stellt fest, sie könne nicht nachvollziehen, dass bei der schlechten Haushaltslage heute etwas beschlossen werden solle, von dem man nicht wisse, was es der Stadt kosten werde.

**Herr Lutz** entgegnet, die betroffenen Personen hätten einen Rechtsanspruch. Zudem seien die Stundensätze mit den übrigen Angeboten vergleichbar. Natürlich könne man den Vertrag zunächst zur Seite legen und abwarten, bis die Verhandlungen beendet seien. Doch dann könnten die Leistungen erst später angeboten werden. Ansonsten stelle sich die Frage, ob hier Geld von der Stadt zu zahlen sei oder nicht, nicht aus dieser Leistungsvereinbarung. Dieses ergäbe sich aus dem Rechtsanspruch, den der Bürger habe. In der Vorlage gehe es darum, ob die Stadt Emden mit diesem Vertragspartner diesen Vertrag abschließen wolle. Frau Szag habe bereits gesagt, sie sei in der Verhandlung so weit fortgeschritten, dass sie sagen könne, dass die normalen Leistungen in der Gruppe A mit 38,00 € bis 39,50 € üblicherweise vergütet würden. Der Rat könne die Verwaltung beauftragen, den Vertrag abzuschließen, um diesen Partner an die Stadt Emden zu binden und die entsprechenden Kosten ähnlich wie bei anderen Einrichtungen abzuschließen. Jedoch könne heute noch nicht gesagt werden, wie tatsächlich die Kalkulation bezüglich der Gruppen B und C aussehen werde, da diese Leistungen noch nicht bezogen worden seien. Es gehe darum, den Menschen bei Behördengängen u. ä. zu helfen. Diese Leistungen seien bislang relativ selten abgerechnet worden. Aufgrund der Erfahrung habe sich gezeigt, dass sie dringend notwendig seien.

Abschließend bittet Herr Lutz darum, da die Kosten im Haushalt kalkuliert worden seien und die Kostenansprüche der betroffenen Personen sich nicht danach richten würden, mit wem der Vertrag abgeschlossen sei, der Verwaltung das Vertrauen zu geben, um den Vertrag schließen zu können. Anschließend werde die Verwaltung den Rat umgehend über die getroffene Kostenvereinbarung informieren.

**Herr Schild** bemerkt, es zeige sich, dass durchaus eine Notwendigkeit bestehe, dieses Angebot zu erweitern, da die Stadt Emden diese Aufgabe nicht selbst übernehmen könne. Da die Kosten ähnlich wie bei den anderen Einrichtungen seien, halte er es für sinnvoll, diesen Vertrag zu schließen.

**Frau Szag** erklärt, es werde auch kein großer Verhandlungsspielraum zur Verfügung stehen. in der Kategorie A betrage der Satz 38,00 € bis 39,50 €, in der Kategorie B läge man bei im. 20,00 € Bereich und in der Kategorie C bei 8,00 € bis 12,00 €

**Frau Meinen** erklärt, diese Unruhe sei durch die Art entstanden, wie diese Leistungsvereinbarung hier vorgelegt worden sei. Bei anderen Einrichtungen hätten die Verantwortlichen immer als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Auf die Frage von **Frau E. Meyer**, warum die Beträge in der Vereinbarung nicht stehen würden, entgegnet **Frau Szag**, dass diese noch konkret festgelegt werden müssten.

**Herr Fooken** erklärt, soviel Vertrauen sollten die Ratsmitglieder gegenüber der Verwaltung aufbringen können, dass diese hier nicht mit irgendwelchen exorbitanten Beträgen hinterher arbeite. Ggf. könnte man immer noch den Antrag stellen, in der nächsten Sitzung die abschließende Leistungsvereinbarung vorzustellen. Auch seien schon Leistungsvereinbarungen abgeschlossen worden, ohne dass Ansprechpartner vor Ort gewesen seien. Herr Fooken beantragt das Ende der Diskussion und bittet die Verwaltung, wenn es seitens der SPD-Fraktion noch Differenzen gäbe, in der nächsten Sitzung diesen Vertrag und die Entgelte noch einmal abschließend vorzustellen.

**Frau E. Meyer** entgegnet Herrn Fooken, wie lange ihre Fraktion über diese Vorlage diskutiere, sollte er ihr überlassen.

**Herr Ammersken** erklärt, er finde die Situation ein bisschen befremdlich. Seit einer halben Stunde werde nunmehr über diesen Tagesordnungspunkt gesprochen. In den ersten 20 Minuten habe man inhaltlich sehr sauber diskutiert. Es sei von der Stadt Emden gefordert worden, etwas zusätzlich zu leisten im Hinblick auf die Strafgefangenen. Hier sei unterschwellig ein Vorwurf formuliert worden. In den letzten zehn Minuten sei man aber bei einem Punkt angelangt, wo man darüber streite, ob 30,00 € oder 39,00 € in der Vorlage stehen würden. Seiner Ansicht nach sollte der Rat so viel Vertrauen zur Verwaltung haben, dass das entsprechend umgesetzt werde.

**Beschluss:** Zwischen der Stadt Emden und SURIA „Ambulant begleitetes Wohnen für Menschen mit Suchterkrankungen und Mehrfachdiagnose, Psychosoziale Betreuung“ wird die der Vorlage 15/1301 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen; die Entgelt- und Prüfungsvereinbarungen sind zu gegebener Zeit abzuschließen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Einrichtung eines Pflegestützpunktes gem. § 92 c SGB XI  
Vorlage: 15/1299

**Frau Szag** erläutert ausführlich die Vorlage.

**Frau Tempel** ergänzt, bei dieser Entscheidung gehe es um die grundsätzliche Aussage, dass die Stadt Emden gemeinsam mit den Pflegekassen in Emden einen Pflegestützpunkt errichte. Falls diese Entscheidung getroffen werde, dann würde die Verwaltung als nächsten Schritt in die Verhandlungen mit den Pflegekassen eintreten, um die Vereinbarung im Einzelnen noch genauer auszugestalten. Den vereinbarten Entwurf würde die Verwaltung anschließend dem Ausschuss vorstellen.

Weiter bemerkt Frau Tempel, im Jahre 2007 sei die Pflegeberatung als Projekt, welches sehr positiv arbeite und sich auf die Lebensqualität der Betroffenen auswirke, in Emden installiert worden, sodass oftmals ein stationärer Aufenthalt verhindert werden konnte. Sie halte das Projekt für die betroffenen Bürger für ein sehr gutes Angebot. Obwohl die Stadt Emden einen zusätzlichen Zuschuss zu den Mitteln, die über die Pflegekassen zur Verfügung gestellt würden, einbringen müsste, sollte ihrer Meinung nach in Emden auch ein solcher Pflegestützpunkt errichtet werden. Gleichzeitig sollte damit verhindert werden, dass hier Doppelstrukturen entstünden und auf der einen Seite von der Verwaltung eine Pflege- und Wohnungsanpassungsbera-

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

tung vorgehalten werde. Andererseits würden durch die Pflegekasse für Pflegestützpunkt bestimmte Beträge zur Verfügung gestellt.

**Herr Fooken** erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze diesen Antrag. Selbst wenn nur bei ein oder zwei Fällen pro Jahr eine stationäre Einweisung vermieden werden könne, entstehe schon eine Kostenneutralität. Er stelle sich jedoch die Frage, warum hier nur der Nds. Landesverband der AOK genannt worden sei.

**Frau Szag** entgegnet, die Landesverbände der Pflegekassen hätten dieses regional aufgeteilt. Somit sei für die Stadt Emden der AOK Landesverband zuständig.

**Herr Lutz** führt aus, die privaten Krankenversicherungen seien nicht in der Vereinbarung enthalten. Diese hätten in Deutschland sieben bzw. acht Callcenter und würden nach Anruf eine Beratung vornehmen.

Weiter erklärt Herr Lutz, er habe auch die Frage bezüglich der freiwilligen Leistungen in diesen Haushaltsjahren gestellt. Eine stationäre Unterbringung sei deutlich teurer und man habe in den letzten zwei Jahren feststellen können, dass durch eine sachgerechte Beratung diese Kosten vermieden werden könnten. Zum anderen bräuchten durch die ambulante Pflege die älteren Menschen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden.

**Herr Schild** bemerkt, auch er begrüße diese Vorlage, die sei sehr gut vorbereitet sei. Er fragt an, in welcher Form Anbieter und Beteiligte vor Ort einzubeziehen seien, um welche Anbieter es sich handele und sei die Unabhängigkeit des Pflegestützpunktes gegenüber den Nachfragen der Besucher gewährleistet.

**Frau Szag** erklärt hinsichtlich der Einbeziehung der Anbieter und Beteiligten, dass es sich hierbei natürlich um Anbieter im Bereich Pflege handele, wie z. B. ambulante Pflegedienste, teilstationäre Angebote wie Tagespflege und stationäre Angebote. Es könnten aber auch ganz andere Beteiligte wie z. B. der Sozialdienst im Krankenhaus, die Pflegekasse und deren Berater oder Selbsthilfegruppen sein. Es gäbe verschiedene Arbeitskreise in diesen Bereichen, damit man zu besseren Absprachen unter den Beteiligten komme.

Abschließend stellt Frau Szag fest, trägerunabhängiger als bei einer Kommune dieses Projekt anzusiedeln, gehe es kaum, da die Stadt Emden nicht über einen eigenen Pflegedienst, ein eigenes Heim oder sogar eigene Versicherten verfüge. Es werde darauf geachtet, dass entsprechend beraten und vermittelt werde.

**Herr Schulze** findet es außerordentlich lobenswert, dass die Verwaltung wieder eine zusätzliche freiwillige Leistung auf sich nehme. Gerade in diesen schwierigen Zeiten dürfe die Stadt den sozialen Bereich nicht aus den Augen verlieren.

**Herr Graf** begrüßt die Vorlage ebenfalls. Seines Erachtens könne jeder einmal in diese Situation kommen. Daher sei es eine gute Sache, hier nicht auf das Geld zu schauen, sondern wirklich menschlich darüber zu denken. Weiter fragt er an, wie die personelle Besetzung geplant sei.

**Herr Lutz** entgegnet, normalerweise wird bei der Stadt Emden eine Stelle ausgeschrieben. Wenn die jetzige Stelleninhaberin sich sehr gut bewährt habe, habe sie sehr gute Chancen auf diese Stelle.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Er widerspricht Herrn Graf und betont, selbstverständlich müsse hier auf jeden Cent geachtet werden, um nicht woanders noch mehr und brutaler zusammenstreichen zu müssen. Im Prinzip sei dieses Projekt eine Aufgabe der Kostenkontrolle.

**Frau L. Meyer** begrüßt ebenfalls dieses Projekt. Sie käme in viele Familien hinein und wisse, wie schwer es sei, eine geeignete Beratung zu bekommen.

**Beschluss:** Die Vereinbarung mit der zuständigen Landespflegekasse zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes für die Stadt Emden wird beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Förderung der Seniorenarbeit - nicht projektgebunden -;  
- Zuschüsse 2009  
Vorlage: 15/0655/2

**Frau Tempel** erklärt, mit dieser Vorlage möchte sie um Zustimmung zu der Verteilung der Beträge für das Jahr 2009 für die nicht projektgebundene Seniorenarbeit in der Stadt Emden bitten. Insgesamt seien 23 Anträge eingegangen und die Verteilung der Zuschussbeträge sei nach den Richtlinien erfolgt.

**Frau L. Meyer** führt aus, die SPD-Fraktion sei sehr erfreut darüber, dass in diesem Jahr die Gewährung der Zuschüsse ohne Aufregung und Ärger abgeschlossen worden sei.

**Herr Fooken** schließt sich den Worten von Frau L. Meyer an. Er habe jedoch gehört, dass die Anträge zu kompliziert gewesen seien und fragt an, wie viele Institutionen angeschrieben worden seien und wie viele sich gemeldet hätten.

**Frau Tempel** stellt fest, in der Vergangenheit sei es auch immer so gewesen, dass längst nicht alle Seniorengruppen einen Antrag gestellt hätten. Es seien in diesem Jahr 48 Gruppen, Vereine und Verbände angeschrieben worden, davon seien 23 Anträge gestellt worden.

**Frau Szag** bemerkt, der Antrag für die nicht projektbezogene Seniorenarbeit enthalte tatsächlich nur Fragen nach den Grunddaten der Institutionen sowie den Veranstaltungen, die regelmäßig angeboten würden.

**Herr Schulze** betont, in der Vergangenheit habe es immer wieder Streit bei der Antragsstellung gegeben, weil der Antrag so kompliziert gewesen sei.

**Herr Lutz** verweist auf den Tagesordnungspunkt 9, wo mitgeteilt werde, welche Projekte der offenen Altenhilfe finanziell gefördert würden.

**Herr Züchner** erklärt, diese Sache sei mit dem Seniorenbeirat verbunden, der darüber sehr dankbar sei. Es gehe darum, wie viele Stunden regelmäßig angeboten würden. So erhalte eine Gruppe, die sehr viele Stunden anbiete auch einen ziemlich hohen Betrag.

**Beschluss:** Die fristgerecht eingegangenen Anträge (Anlage zur Vorlage 15/0655/2) auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Seniorenarbeit – nicht projektgebunden - für das Jahr 2009 werden beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig



## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**TOP 8** Gewährung eines Zuschusses zum Betrieb der Emdener Tafel in Trägerschaft des Caritasverbandes Ostfriesland, Beratungsstelle Emden  
Vorlage: 15/1302

Herr Haarmeyer nimmt an der Beschlussfassung und Diskussion nicht teil und beantwortet die Fragen in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Caritas in Emden.

**Frau Tempel** erläutert, es sei bekannt, dass die Emdener Tafel eine sehr gute Arbeit mache. Herr Haarmeyer habe vor einiger Zeit im Ausschuss dargestellt, wie notwendig diese Einrichtung sei. Bis zum letzten Jahr habe sich die Tafel noch aus Eigenanteilen des Caritasverbandes sowie aus Spenden und sonstigen Zuwendungen finanzieren können. In diesem Jahr schlage jedoch der Abgabenbescheid der Stadt Emden mit hohen Abfallgebühren sehr zu Buche. Daraus werde sich voraussichtlich ein Fehlbetrag ergeben. Nunmehr habe der Caritasverband darum gebeten, zu diesen Kosten des Betriebes einen Zuschuss zu gewähren. Dieser Antrag werde von der Verwaltung befürwortet.

**Herr Fooken** erklärt, dieser Antrag würde die Zustimmung der FDP-Fraktion finden. Der FDP-Kreisverband habe sich bereits persönlich von der dort geleisteten Arbeit überzeugen können und bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vielfach auch ehrenamtlich tätig seien, für die hervorragende Arbeit.

**Frau Orth** bemerkt, auch sie wolle ein außerordentliches Lob aussprechen für den Caritasverband und allen, die dort fleißig agieren. Sie geht davon aus, dass es eine gute Sache sei, hier zu unterstützen.

**Herr Schulze** stellt fest, es sei traurig genug, dass es in einer reichen Industrienation wie Deutschland Tafeln geben müsse. Dennoch würde er es begrüßen, wenn die Stadt hier einen Zuschuss geben würde. Er bedankt sich bei der Caritas, die sich um die Menschen bemühe, die wirklich nicht viel hätten.

**Frau L. Meyer** schließt sich den Worten ihrer Vorredner an und lobt das ehrenamtliche Engagement und bittet Herrn Haarmeyer, den Dank des gesamten Rates an seine Mitarbeiter weiterzugeben. Ihre Fraktion werde ebenfalls der Vorlage zustimmen.

**Herr Schild** führt aus, auch seine Fraktion werde diesen Antrag unterstützen. Sein Dank gebührt natürlich auch den Mitstreitern, ohne die diese Tätigkeit nicht möglich wäre.

**Herr Graf** schließt sich der Meinung von Herrn Schulze an, dass es traurig sei, dass es Tafeln geben müsse. Auch von seiner Fraktion gäbe es ein dickes Lob und ein Dankeschön für die Arbeit. Er erkundigt sich bei Herrn Haarmeyer, wie es mit der Personalfrage bei der Tafel aussehen werde.

**Herr Haarmeyer** erklärt, sicherlich würde es gelegentlich Engpässe geben. Doch es gäbe fast 50 Ehrenamtliche, die sich selber zum großen Teil organisieren. Er sei stolz auf seine Mitarbeiter, die so gut diese ehrenamtliche Sache mittragen würden.

**Herr Odinga** stellt fest, dass die Einzelhändler durch Abgabe an die Caritas versuchen würden, ihre eigene Entsorgung zu umgehen. Seiner Meinung nach sei dieses nicht in Ordnung.

**Herr Lutz** erklärt, man habe sich lange darüber unterhalten, ob die Gefahr bestehe, dass Waren angeliefert würden, die kurz vor dem Verfalldatum stünden. Tatsächlich sei es dazu im letzten und auch im laufenden Jahr gekommen. Natürlich könne es nicht sein, dass irgendwelche

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Großhandelskonzerne kurz vor dem Ablauf ihre Ware der Tafel auf den Hof stellten. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung darüber diskutiert, ob man überhaupt vorschlagen wolle, einen Zuschuss zu geben. Man habe jedoch festgestellt, dass in diesem Jahr relativ hohe Abfallgebühren angefallen seien, die nicht vermieden werden konnten. Deshalb würde die Verwaltung dieses auch als Betriebskostenzuschuss ansehen. Herr Lutz bittet den Ausschuss, in diesem Jahr den Zuschuss zu bewilligen und abzuwarten, wie im nächsten Jahr das Ganze laufe. Die Tafel nutze das private Engagement der Kaufleute, die bereit seien, etwas von ihrem Warensortiment, welches derzeit nicht so gängig sei, abzugeben, um es armen Menschen zur Verfügung zu stellen. Dieses sei auch der Sinn und Zweck der Tafel. Die Kommune dürfe hier nicht wieder Geld hinein geben und Leistungen erbringen. Herr Lutz bedankt sich abschließend bei den Mitarbeitern und Spendern der Tafel.

Auf die Frage von **Herr Graf**, wie viele Personen die Tafel nutzen würden, erklärt **Herr Haarmeyer**, durchschnittlich würden ca. 2.300 Menschen das Angebot nutzen.

**Beschluss:** Dem Caritasverband Ostfriesland, Beratungsstelle Emden, wird auf Antrag vom 23.06.2009 ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 6.000,- € für den Betrieb der Emdener Tafel bewilligt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 9** Finanzielle Förderung von Projekten in der offenen Altenhilfe  
Vorlage: 15/1303

**Frau Tempel** erläutert, es handele sich hierbei um die Förderung von Projekten in der offenen Altenhilfe. Leider seien in diesem Jahr nur vier Anträge eingegangen, von denen drei Anträge nach den vorliegenden Richtlinien berücksichtigt werden konnten. Da der Förderungsbetrag in Höhe von 7.500 € nicht ausgeschöpft sei, könnten sich Organisationen an den Fachdienst Gesundheit wenden und dort noch einen Antrag stellen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Finanzielle Förderung von Vereinen und Verbänden für soziale Aufgaben  
Vorlage: 15/1304

**Frau Szag** erläutert die Vorlage.

**Herr Ammersken** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau L. Meyer** fragt an, ob die Stadt Emden diese freiwilligen Leistungen auch in Zukunft noch bezahlen könne.

**Herr Lutz** erklärt, ab dem nächsten Jahr würden von jedem Euro etwa zehn Cent fehlen. Es müsse überlegt werden, was man tatsächlich streichen und sich in Zukunft nicht mehr leisten wolle. Das sei eine ganz klare Frage. Er bittet zu bedenken, dass einige Leistungen nicht nur freiwillig seien, sondern auch etwas mit pflichtigen Leistungen zu tun hätten. Die vom Rat noch einzusetzende Haushaltskonsolidierungsgruppe müsse über die Dinge diskutieren. Was dort als Ergebnis herauskäme, könne er heute noch nicht sagen.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Schulze** bemerkt, er hoffe, dass auch der Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung ebenso gewissenhaft sei und sich die Frage stelle, was man sich in Zukunft noch leisten könne.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

**TOP 11** Armutsatlas des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Gesamtverband e. V.;

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2009;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.05.2009;
- Antrag der Fraktion Die Linke. vom 25.05.2009

Vorlage: 15/1305

**Herr Engels** erklärt, die Herausgabe des ersten regionalen Armutsatlases habe nicht nur in Emden, sondern auch in anderen Regionen für Aufregung gesorgt. Dass diese Aufregung auch notwendig sei, zeige die Diskussion, die soeben im Rahmen des Antrages des Caritas Verbandes aufgekommen sei. Im Rahmen des Vortrages werde man jedoch feststellen, dass das, was im Armutsatlas stehe, nicht so sehr hilfreich sei. Man müsse sich schon selber Gedanken machen.

Herr Engels geht anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Armutsatlas des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V. ein. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Ammersken** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Götze** führt aus, es begrüße es, dass es diesen Armutsbericht gäbe. Auch wenn dort Fehler enthalten seien, so werde vermittelt, dass es Armut in Deutschland und somit auch in Emden und Umgebung geben würde. Auch sei bekannt, dass viele Menschen durch die Krise Angst hätten, arbeitslos zu werden und damit in die Sozialkassen zu fallen. Wenn jemand Sozialhilfe und andere Leistungen bekäme, dann sei dieses Armut und davon zu leben, sei fast nicht möglich. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sei nicht mehr möglich, obwohl es sehr viele Hilfen in Emden gäbe. Er sei sehr erschrocken über die Tatsache, dass jeder Fünfte in Emden von irgendwelchen Sozialleistungen leben würde. Seiner Ansicht nach sei es eine Katastrophe für Emden. Es sei schon richtig, dass man versuchen müsse, Ziele zu erarbeiten und zu schauen, was falsch oder richtig gemacht werde. Aber hier müsse etwas passieren. Die Politik müsse versuchen, neue Weichen zu stellen und Geld in die Hand nehmen, um einen Teil dieser Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie wieder eine gewisse Würde zurückbekämen.

Weiter schlägt Herr Götze vor, zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit im unteren Bereich zu bekommen. Mit Hilfe eines europäischen Sozialfonds sei es hier möglich, 800 € zu bekommen. Dieses sei die gleiche Summe, die man über den Kommunalkombi bekommen hätte. Seinerzeit sei im Land Niedersachsen nur Emden vorgeesehen gewesen. Jetzt gäbe es vier Städte in Niedersachsen, die die Möglichkeit hätten, das Geld in Anspruch zu nehmen. Wenn der Rat sich einig sei, dass für Menschen im kommunalen Bereich Geld ausgegeben werden müsse, dann müsse man dieses Geld auch zur Verfügung stellen. Er sei überzeugt, dass im Bereich des SGB II diese Gelder nicht vorhanden seien, um bestimmte Maßnahmen zu unterstützen. Daher brauche man andere Möglichkeiten in der Kommune, Menschen in Arbeit zu bekommen.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Lutz** bemerkt, dass der Kommunalkombi reichlich teuer werde, habe man bereits im letzten Jahr festgestellt. Besser wäre es, die Leute anderweitig in Arbeit hineinzubringen. Dieses habe man auch getan.

Weiter führt er aus, man dürfe sich nicht nur darauf reduzieren, wie viel Geld jemand an Transferleistung vom Staat bekäme. Man müsse darüber reden, wie man den Menschen eine Teilhabe ermöglichen könne. Er sei es schicht und ergreifend leid, immer wieder zu hören, die Stadt Emden tue nichts oder zu wenig. Herr Lutz bittet darum, sich die Ausgaben der Fachbereiche 500 und 600 im Budgetbuch anzusehen. Hier könne man sich darüber unterhalten, ob das Geld richtig verteilt worden sei oder ob die eine oder andere Maßnahme noch einmal evaluiert werden müsse. Das seien die Punkte, über die man sich unterhalten müsse.

Hinsichtlich des Berichts des Paritätischen erklärt Herr Lutz, die hier enthaltenen Daten seien für die Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales nicht verwertbar, da sie nicht auf den örtlichen Bestand zielten. Er bittet darum, sich über die tatsächlichen Zahlen zu unterhalten, von denen man wisse, dass sie auch zutreffen würden.

**Herr Dr. Voges** ist Herrn Engels dankbar, dass er den Begriff Armut weitergefasst habe und von der reinen Fixierung auf das Einkommen weggegangen sei. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei ein großer Begriff, den auch schon die Armutsdenkschrift der beiden großen Kirchen vor zehn Jahren in die Debatte geworfen hätte. Anschließend fragt Herr Dr. Voges an, wie die Studie mit den Studenten umgegangen sei, die statistisch gesehen durchaus als arm zu bezeichnen seien.

**Herr Engels** erklärt, dieses sei nicht berücksichtigt worden. Auch bei der Ermittlung von Geburtenquoten seien Fehler gemacht worden, da nicht berücksichtigt worden sei, dass in Emden sehr viele junge Frauen leben würden, die hier sicherlich nie Kinder bekämen, weil sie nach dem Studium Emden wieder verlassen würden. Doch es sei insofern gut, dass es diesen Bericht gegeben habe, um wieder so eine Diskussion zu führen. Auch wenn die Zahlen so nicht verwendet werden können. Seiner Meinung nach sei es auch wichtig, dass Überlegungen in die politische Diskussion einfließen würden, wie man dem entgegensteuern und die Lebensbedingungen von Menschen verändern könne.

**Frau Orth** stellt fest, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe dürften im Prinzip nur eine Übergangssituation sein. Zudem müssten die Menschen gefördert werden, die sich verändern wollten. Es wäre eine gute Sache, wenn man hieran weiterarbeiten würde. Es müsse Ziel der Politik sein, dass es den Menschen besser gehe.

**Herr Grix** bemerkt, es sei nicht das Materielle des Armutsberichtes, welches im Wesentlichen im Fokus stehe, sondern das Umfeld. Die Politik und die Parteien seien hier aufgefordert, sich konkret zu artikulieren, welche Wege gegangen werden sollten. Im Jugendhilfeausschuss sei der klare Auftrag an die Verwaltung gegeben worden, einen Jugendhilfeplan zu entwickeln. In Ansätzen sei dieses auch passiert. Doch an Evaluierung sei in diesem Bericht relativ wenig gemacht worden. Er frage sich, ob das am zu wenigen Personal in der Verwaltung liegen würde oder ob der politische Wille nicht genügend artikuliert worden sei. Wenn der politische Wille klar darstelle, was gemacht werden solle, müsse Geld in die Hand genommen werden. Die Zahlen, die hier vorgestellt worden seien, würden von ihm nicht in Zweifel gestellt. Auch sei bekannt, dass eine Person, die Hartz IV bekomme, an der Grenze seines Existenzminimums stehe. Die Kinder, die davon betroffen seien, seien in allen Bereichen des Lebens benachteiligt. Hier müsse man versuchen, Abhilfe zu schaffen und das gehe nicht zum Nulltarif.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Graf** bemerkt, er stimme den Aussagen von Herrn Grix zu und bedankt sich bei Herrn Engels für den Vortrag. Es habe sich gezeigt, dass die Armut stetig steige. Er bittet darum, dass die genauen Zahlen von der Bundesagentur bzw. der Arge vorgestellt würden, damit die Politik richtig informiert sei und sich ein Bild von der Entwicklung des Arbeitslosenstandes machen und entsprechend reagieren könne. Seiner Meinung nach sei auch hier die Bundesregierung gefragt.

**Frau Janßen** ist der Meinung, viele Eltern würden ihre Kinder gerne fördern und fördern. Wenn jedoch die Rahmenbedingungen nicht vorhanden und somit die Möglichkeiten nicht gegeben seien, würden diese von vornherein schon benachteiligt. Hier müsse überlegt werden, was geändert werden müsse.

**Herr Engels** bezieht sich auf die Aussage von Herrn Grix. Bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen im Rahmen der Jugendhilfeplanung sei die Politik an der Erarbeitung beteiligt gewesen. Durch seinen Wechsel vom Fachbereich 600 zum Fachbereich 500 sei die Bearbeitung nicht weiter verfolgt worden. Auch würden keine stellenplanmäßigen Ressourcen zur Verfügung stehen, da er und Herr Dübbelde die einzigen Mitarbeiter für den Bereich Sozialplanung seien.

**Herr Götze** nimmt Bezug auf die Bemerkung von Frau Orth. Seiner Meinung nach, könnten einige Menschen nicht arbeiten, weil keine Arbeit da sei oder weil die Voraussetzungen von der Gesellschaft nicht gegeben worden seien. Auch gebe es in Emden zu viele Menschen, die mit einem schlechten Abschluss aus der Schule gekommen seien und trotz vieler Maßnahmen es nicht geschafft hätten. Dieses sei ein gesellschaftliches Problem von Anfang an, da man junge Menschen nicht dahin gebracht habe, dass sie irgendwann ein eigenständiges Leben führen könnten. Zwar werde eine ganze Menge in Emden getan und es werde auch viel Geld ausgegeben, doch habe er manchmal den Eindruck, dass die Armut nur verwaltet werde, um das Gewissen zu befriedigen.

**Frau Orth** betont, man dürfe nicht vergessen, dass es immer Arbeitslose geben werde. Das läge auch daran, dass sich die Gesellschaft verändere und andere Berufsbilder entstehen würden.

**Herr Götze** erklärt, aber es sei die Aufgabe der Politik dafür sorgen, dass diese Menschen auch menschenwürdig leben könnten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 12** Situation ALG-II-Empfänger in Emden;  
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.07.2009  
Vorlage: 15/1307

**Herr Graf** bedankt sich zunächst für die präzise Beantwortung seiner Fragen. Hinsichtlich der Frage 4 bittet er um Auskunft, ob diese ca. 200 Personen, die sich zurzeit in einer beruflichen Weiterbildung befinden würden, auch bei der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen enthalten seien.

**Herr Büüsker** bestätigt dieses.

**Herr Graf** fragt an, wer die Frage bezüglich des Kurzarbeitergeldes beantworten könnte.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Lutz** entgegnet, der Ausschuss für Gesundheit und Soziales könne keine Angelegenheiten beantworten, die den Bereich des SGB III betreffen würden. Er bittet Herrn Graf, sich diesbezüglich an die Bundesagentur zu wenden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 13** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### 1. Emder Gesundheitsbericht

**Herr Dr. Decker** weist auf die Vorstellung des 2. Emders Gesundheitsberichts am 21.09.09, 17:00 Uhr, im VHS-Forum hin. Den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales werde dieser Bericht schriftlich zur Verfügung gestellt.

#### 2. Schweinegrippe

**Herr Dr. Decker** erklärt, er sei von vielen Seiten bezüglich des aktuellen Stands der Schweinegrippe angesprochen worden. In Emden seien 15 Fälle gemeldet worden, die sich im Urlaub infiziert haben. Alle Fälle verliefen mild und kurz und seien innerhalb einer Woche abgeschlossen worden. Anfangs seien die Kontaktpersonen noch sieben Tage unter Quarantäne gestellt worden. Dieses habe sich inzwischen geändert. Die Maßnahmen seien immer weiter abgemildert worden. Es sei inzwischen so, dass Erkrankte nach 24 Stunden Fieberfreiheit wieder zur Arbeit gehen dürften. Kontaktpersonen könnten trotzdem zur Arbeit gehen.

Weiter führt Herr Dr. Decker aus, hinsichtlich der Impfungen unterscheide man zum einen das Ordnungspersonal und das medizinisches Personal im weitesten Sinne. Diese Personen würden schätzungsweise im November durch die Betriebsärzte geimpft werden können. Im Januar könnten sich dann voraussichtlich alle anderen Menschen impfen lassen, wobei es eine Art Vorauswahl der Krankenkassen geben werde. Diese Impfungen laufen dann über das Hausarztsystem. Abschließend weist Herr Dr. Decker darauf hin, dass der Verlauf der Erkrankung milder sei als bei einer normalen Grippeinfektion. Eine Impfung würde er empfehlen, aber letztlich müsste dieses jede Person für sich selbst entscheiden.

### **TOP 14** Anfragen

#### 1. Soziales Warenhaus „Lüttje Knippke“

**Frau L. Meyer** fragt, wie die Situation des sozialen Warenhauses „Lüttje Knippke“ im Hinblick auf einen evtl. Zuschuss sei. Auch habe sie gehört, dass das Gebäude anderweitig vermietet werden sollte.

**Herr Haarmeyer** entgegnet, es sei zwar zwischenzeitlich angedacht gewesen, das Haus zu verkaufen. Dieses sei jedoch nicht zustande gekommen, sodass das soziale Warenhaus dort bleiben könne. Auch werde das „Lüttje Knippke“ sehr gut angenommen. Im Durchschnitt seien monatlich 2.000 Kaufkunden zu verzeichnen. Herr Haarmeyer bedankt sich bei der Bevölkerung für die gespendete Ware und auch bei den Mitarbeitern, die dort tätig seien.

#### 2. Zwangsheirat

**Frau L. Meyer** erkundigt sich, ob es in Emden auch ein Krisentelefon bezüglich Zwangsheirat geben würde.

## Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Lutz** führt aus, es gäbe eine Notrufnummer für junge von Zwangsheirat bedrohte Frauen, die im ganzen Land Niedersachsen geschaltet sei. Auch würden in der Bundesrepublik anonyme Notwohnungen für diese Frauen vorgehalten.

### 3. MRSA-Bakterien

**Frau L. Meyer** bittet um Auskunft, ob die Gesundheitsämter in den Krankenhäusern bezüglich der MRSA Bakterien kontrollierten müssten.

**Herr Dr. Decker** erklärt, bei dem MRSA handele es sich um einen Keim, der gegen viele Antibiotika resistent sei. Mit diesem Thema beschäftige er sich schon längere Zeit und stehe diesbezüglich auch mit dem Krankenhaus in engem Kontakt. Dieses Problem erfasse die Welt zunehmend. In Niedersachsen werde durch eine Initiative des Landesgesundheitsamtes in Hannover versucht, einem guten Vorbild der Region Münster zu folgen, die dort eine Zusammenarbeit mit den niederländischen Krankenhäusern aufgebaut und somit den Zustand zum Teil verbessert hätten. Allerdings sei diese Aktivität ein wenig durch den Schweinegrippevirus gebremst worden. Dennoch handele es sich um ein ernstes und wichtiges Thema, welches weiter verfolgt werden müsse.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.